



Leseprobe aus Butterwegge, Die zerrissene Republik, ISBN 978-3-7799-6114-7

© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel

[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6114-7)

[isbn=978-3-7799-6114-7](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6114-7)

1 Definitionen, Dimensionen und Diskussionen über Grundlagen der gesellschaftlichen Ungleichheit

„Armut“ und „Reichtum“ sind ebenso wie „soziale“ bzw. „wirtschaftliche Ungleichheit“ heftig umstrittene, ja sogar stark umkämpfte, aber keine Kampfbegriffe, obwohl das Kritiker dieser Termini gern behaupten, denen jede Diskussion darüber als „Neiddebatte“ erscheint. Sie dienen vielmehr der notwendigen Beschreibung ebenso wie der analytischen Beurteilung von Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverhältnissen in einer Gesellschaft. Um ihre Aussagekraft zu erhöhen, muss ein möglichst hohes Maß an Klarheit darüber herrschen, was unter den einzelnen Termini zu verstehen ist. Deshalb soll eine Arbeitsdefinition entwickelt werden, auf deren Grundlage die nachfolgenden Ausführungen besser verständlich sind. In einem zweiten Schritt werden prominente Theoretiker und wichtige Theorien der Ungleichheit vorgestellt, die jene Sozialstrukturanalysen befruchtet haben, von denen anschließend die Rede ist.

1.1 Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit als Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit

Die momentan in Deutschland lebenden Menschen sind weder biologisch noch sozial gleich, unterscheiden sich vielmehr im Alter, im Geschlecht, in der Größe, im Gewicht, im Körperbau, in der Haut-, Haar- und Augenfarbe sowie der Physiognomie – um nur einige phänotypische bzw. somatische Erkennungsmerkmale zu nennen –, aber auch im Hinblick auf ihre genetischen Dispositionen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie in Bezug darauf voneinander, wo sie wohnen (in der Stadt oder auf dem Land), in welchem Haushaltstyp und in welcher Familienform sie leben, welchen Beruf sie ausüben, ob sie Hobbys haben (und wenn ja, welche/s), ob sie regelmäßig Sport treiben (und wenn ja, welchen), usw. Die zuletzt genannten Eigenschaften der Individuen beruhen meistens auf persönlichen Entscheidungen, die sie mehr oder weniger freiwillig getroffen haben. Es handelt sich hierbei um spezifische Formen der Ungleichheit, die nicht schicksalhaft vorbestimmt oder von der Natur bedingt, vielmehr individuell und selbstgewählt sind.

Jene weit verbreitete Ungleichheit, von der im Folgenden gesprochen wird, ist hingegen systemisch begründet, ökonomisch determiniert und in Gestalt

von großen Bevölkerungsgruppen, Schichten oder Klassen sozial strukturiert; sie liegt also weder im eigenen Ermessen, noch ist sie einer natürlichen Ungleichheit der von ihr betroffenen Personen geschuldet. Vielmehr geht es um eine Form der Ungleichheit, die politisch organisiert, legitimiert und perpetuiert, im Fall eines grundlegenden Systemwandels bzw. -wechsels aber restrukturiert oder destruiert wird. Es handelt sich um *gesellschaftliche* Ungleichheit, die meistens in der Pluralform auftritt, weshalb eigentlich von Ungleichheiten die Rede sein müsste.

Schaut man genauer hin, gibt es mehrere Dimensionen der gesellschaftlichen Ungleichheit. Dabei sind drei von zentraler Bedeutung: die ökonomische, die soziale und die politische. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit hängen eng miteinander zusammen, gehen meistens sogar Hand in Hand. Um *wirtschaftliche* Ungleichheit handelt es sich dann, wenn die ökonomischen (Macht-)Strukturen eine Verteilungsschieflage beim Einkommen und/oder Vermögen hervorbringen, die bestimmte Personengruppen hinsichtlich der ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen privilegiert und andere diskriminiert. Von *sozialer* Ungleichheit sprechen wir dann, wenn gesellschaftliche Normen, Strukturen und/oder Institutionen bestimmte Personengruppen im Hinblick auf die Stellung oder den Status ohne sachlichen Grund benachteiligen, andere hingegen ohne sachlichen Grund bevorzugen. Von *politischer* Ungleichheit schließlich ist dann die Rede, wenn nicht alle Bürger/innen eines (demokratisch verfassten) Landes über dieselben Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Entscheidungsprozesse und Personalentscheidungen verfügen oder aufgrund fehlender materieller Ressourcen, struktureller Barrieren bzw. mentaler Restriktionen darauf verzichten, sie wahrzunehmen.

Während der sozialen Differenzierung die gesellschaftliche Arbeitsteilung zugrunde liegt, geht es bei der Ungleichheit um Rangunterschiede bzw. Statusdifferenzen, die auf privatwirtschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen beruhen. Eine gewisse Schwierigkeit, die zur Unklarheit hinsichtlich der Begrifflichkeit führen kann, herrscht bezüglich der Abgrenzung zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Obwohl der Mannheimer Soziologe Johannes Berger *wirtschaftliche* Ungleichheit im Kern als Ungleichverteilung von Einkommen *und Vermögen* definiert, von der man auch als distributiver Ungleichheit spricht, kapriziert er sich in seinen Vorlesungen zum Thema auf die Einkommensungleichheit.¹ Die hieraus resultierende Kluft zwischen Arm und Reich wird normalerweise als *soziale* Ungleichheit bezeichnet, was der Doppelbedeutung des Begriffs „sozial“ geschuldet sein mag. Dieser meint im weiteren Sinne „gesellschaftlich“ und im engeren Sinne das Gegenteil von „unsozial“, deckt in diesem Fall also nur einen Teilbereich von Politik,

1 Vgl. Johannes Berger, Wirtschaftliche Ungleichheit. Zwölf Vorlesungen, Wiesbaden 2019, S. 30 und 43 ff.

Staat und Gesellschaft ab. Will man den engen Kausalzusammenhang zwischen beiden Ungleichheitsformen zum Ausdruck bringen, kann man sich für die terminologische Kombination „sozial-“ bzw. „sozioökonomische Ungleichheit“ entscheiden, was im Folgenden geschieht, sofern nicht ein spezieller Aspekt der Ungleichheit gemeint ist.

Die soziale Wertschätzung bzw. das Sozialprestige, welches bestimmte (Berufs-)Gruppen und ihre Mitglieder genießen, ist kein genuiner Quell der gesellschaftlichen Ungleichheit, wie der Soziologe Reinhard Kreckel bemerkt hat: „Es bezieht sich stets auf die ökonomischen Ressourcen und die sozialen Beziehungen, über die die Betroffenen verfügen können – ebenso aber auch auf deren hierarchische Stellung und auf das ihnen verfügbare Wissen.“² Drückt man es mit Begriffen der Systemtheorie aus, determiniert das ökonomische Subsystem in gewisser Weise die übrigen Subsysteme der Gesellschaft. Wenn man zusammen mit Pierre Bourdieu neben dem „ökonomischen Kapital“ noch das „soziale“ und das „kulturelle Kapital“ (sowie als übergeordnete Kategorie das „symbolische Kapital“) unterscheidet, um zwischen gesellschaftlichen Großgruppen bestehende Differenzen innerhalb eines mehrdimensionalen Raumes erfassen zu können, geht der genannte Bedingungs-zusammenhang leicht verloren, obwohl der französische Soziologe selbst das ökonomische Kapital gegenüber den anderen Kapitalformen priorisiert, d. h. als „dominierende Kapitalform“ bezeichnet hat.³

Man kann davon ausgehen, dass die ökonomische Ungleichheit der Schlüssel zur Erklärung gesellschaftlicher Verwerfungen unterschiedlicher Art ist. Denn sie strahlt auf die übrigen Gesellschaftsbereiche aus. Es gibt unterschiedliche Erscheinungsformen der Ungleichheit, die letztlich im wirtschaftlichen Bereich wurzeln. Bei der Ungleichheit handelt es sich allerdings nie um ein rein ökonomisches Problem. Vielmehr existieren mannigfache Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Lebensbereichen. Die wirtschaftliche Ungleichheit manifestiert sich hauptsächlich in sozialer Ungleichheit. Da beide nur schwer voneinander zu trennen sind, bietet sich der Begriff „sozioökonomische Ungleichheit“ als die gesellschaftliche Realität präziser erfassende Alternative geradezu an. Ökonomische und soziale Ungleichheit führen zwangsläufig auch zu politischer Ungleichheit, selbst dann, wenn es sich nicht – wie bei den USA, wo großer politischer Einfluss und hohe Staatsämter mittlerweile hauptsächlich extrem reichen Menschen vorbehalten bleiben – um eine Plutokratie oder eine Präsidialdemokratie mit plutokratischen Zügen handelt.

Verteilungskonflikte sind grundlegender Art, Beziehungs-, Anerkennungs-

2 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 3. Aufl. Frankfurt am Main/New York 2004, S. 66

3 Siehe Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983 (Soziale Welt, Sonderband 2), S. 189

und Wertschätzungskonflikte bleiben ihnen nachgeordnet. In der Hierarchie der verschiedenen Ungleichheitsdimensionen steht die Ökonomie zwar aufgrund der Tatsache, dass sie mit den materiellen Ressourcen die Basis für sämtliche menschliche Aktivitäten schafft, prinzipiell über dem Sozialen und der Politik, allerdings nicht in einer so mechanischen Weise, wie das der Marxismus behauptet, wenn man ausgerechnet seinen ärgsten Widersachern glaubt. Vielmehr haben Karl Marx, Friedrich Engels und ihre seriösen Anhänger immer die relative Autonomie, die funktionale Eigengesetzlichkeit und die Handlungsalternativen des „geistig-politischen Überbaus“ hervorgehoben.

Ökonomistisch wäre es hingegen, allen Ernstes anzunehmen, dass man soziales Ansehen, aber auch weltanschauliche Überzeugungen, politische Orientierungen und religiöse Glaubensbekenntnisse eines Menschen unmittelbar aus den materiellen Lebensbedingungen von Klassen und/oder Schichten ableiten kann. Selbst wenn überhaupt kein Zusammenhang zwischen Ersteren und Letzteren bestünde, wäre es jedoch sinnvoll, durch eine Gesellschaftsanalyse sowohl jene Personengruppen zu ermitteln, die aufgrund ihrer gemeinsamen Lebensgrundlage und weitgehend übereinstimmender Existenzbedingungen die gleichen Interessen haben, wie auch jene Personengruppen, deren Interessen nicht harmonieren, sich entgegenstehen oder gar prinzipiell miteinander unvereinbar sind.

Intersektionalitätstheorien, die auf Erkenntnissen der US-amerikanischen Rechtswissenschaftlerin Kimberlé W. Crenshaw basieren, gehen davon aus, dass Klasse, Ethnie und Geschlecht zusammenhängende Quellen der Ungleichheit bzw. auf derselben Ebene zu analysierende Diskriminierungskategorien darstellen.⁴ Zweifellos kumulieren Rassismus, „Klassismus“ und Sexismus in der Wirkung auf die davon Betroffenen, grundlegend ist und bleibt aber die Eigentumsstruktur einer Gesellschaft. Dafür spricht jedenfalls, dass man dem saudischen Kronprinzen seine Hautfarbe und seine Religion ebenso wenig wie der Großunternehmerin ihr Geschlecht vorwirft. Umgekehrt wird ein weißer Mann, der nichts besitzt und womöglich Sozialleistungen des Staates bezieht, durchaus verachtet, was der nicht sehr glücklich gewählte Begriff „Klassismus“ zum Ausdruck bringt.⁵ Die sozioökonomische Ungleichheit als Hauptursache von Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen wird relativiert, wenn man so tut, als erwachsen Praktiken der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft einer bestimmten Personengruppe nicht letzten Endes aus eben dieser Gesellschaftsstruktur. Ras-

4 Vgl. z. B. Gabriele Winker/Nina Degele, Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten, 2. Aufl. Bielefeld 2010; Helma Lutz/María Teresa Herrera Vivar/Linda Supik (Hrsg.), Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes, 2. Aufl. Wiesbaden 2013; Katrin Meyer, Theorien der Intersektionalität zur Einführung, Hamburg 2017

5 Vgl. dazu: Andreas Kemper/Heike Weinbach, Klassismus. Eine Einführung, 2. Aufl. Münster 2009

sismus und Sexismus wurzeln aber im Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Man kann sie politisch nur gemeinsam erfolgreich bekämpfen, sollte Ursache und Wirkung jedoch nicht miteinander verwechseln.

Wie gesagt, ist die sozioökonomische Ungleichheit nicht mit der Ungleichartigkeit von Individuen zu verwechseln. Gleichrangigkeit, Gleichwertigkeit bzw. Gleichwürdigkeit der Menschen ist ein humanistisches Grundprinzip, das im demokratischen Verfassungsrecht als Fundamentalnorm gilt, verhindert aber mitnichten sozioökonomische Ungleichheit. Diese hat viele Gesichter, ihr harter materieller Kern ist aber zumindest seit Beendigung des paradiesischen Idealzustandes der absoluten Gleichverteilung die Verteilungsschieflage beim (Produktiv-)Vermögen, während das Einkommen in diesem Zusammenhang eine nachgeordnete Rolle spielt, weil es zumindest teilweise daraus erwächst.

Der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheit liegen asymmetrische Machtbeziehungen zwischen meist im beschränkten Eigeninteresse handelnden (Kollektiven von) Menschen zugrunde. Produziert und reproduziert wird sie durch eine nichtegalitäre Verteilung der für das individuelle Wohlergehen, den materiellen Lebensstandard und den gesellschaftlichen Status einer Person entscheidenden Ressourcen, etwa Geld, Macht oder Wissen, an privilegierte bzw. unterprivilegierte Gruppen. Verantwortlich für diese Ungleichverteilung können einflussreiche Personen, Strukturen und Institutionen sein.

Heike Solga, Peter A. Berger und Justin Powell definieren *soziale Ungleichheit* im Unterschied zur *Verschiedenartigkeit* oder *Diversität* über die Verteilung (zu) knapper gesellschaftlicher Ressourcen auf Gruppen, deren Mitglieder dadurch entweder besser- oder schlechtergestellt werden: „Wir sprechen immer dann von sozialer Ungleichheit, wenn Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind.“⁶ Die soziale Ungleichheit kann demnach Ungerechtigkeit bedeuten, muss aber nicht mit Letzterer verbunden sein. Vielmehr gibt es auch Formen *legitimer* sozialer Ungleichheit, beispielsweise im Hinblick auf Berufe, die ein unterschiedliches Maß an Talent, Engagement und praktischer Routine erfordern, was sich in der Prestige- und Einkommenshierarchie niederschlagen darf. Kontrovers wird die Frage diskutiert, welche Form der sozialen Ungleichheit man als gerecht oder legitim und welche man als ungerecht oder illegitim ansehen kann.⁷

6 Heike Solga/Peter A. Berger/Justin Powell, Soziale Ungleichheit – kein Schnee von gestern!, Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.), Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, Frankfurt am Main/New York 2009, S. 15

7 Vgl. dazu: Wilfried Hinsch, Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit, Berlin/New York 2002; Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt, Ungleich gerecht? – Kritik

Als moderne Legitimationsbasis der sozioökonomischen Ungleichheit fungiert die Ungleichheit der Leistungen, welche die einzelnen Gesellschaftsmitglieder erbringen. Der in diesem Zusammenhang zentrale Begriff „Meritokratie“ stammt von dem britischen Soziologen und Labour-Politiker Michael Dunlop Young, dessen 1958 erschienene Dystopie *The Rise of the Meritocracy 1870-2033* ihn satirisch verwendete,⁸ während ihn die spätere Rezeption seiner Partei zum Positiven wendete. Heike Solga, Direktorin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), hat fünf Wesenszüge der „meritokratischen Leitfigur sozialer Ungleichheit“ herausgearbeitet: „(1) die ‚natürliche‘ Fundierung sozialer Ungleichheit, (2) die Darstellung von Ungleichheit als gesellschaftliches Funktionserfordernis, (3) die Notwendigkeit organisierter Bildungsprozesse, (4) die individuelle statt kategoriale Ungleichheitsdefinition sowie (5) die Entpersonifizierung der Definition von Leistung.“⁹ Reinhard Kreckel hat die Leistungsideologie als wichtigstes Mittel zur Legitimation von sozialer Ungleichheit in fortgeschrittenen westlichen (ebenso wie in östlichen) Staatsgesellschaften bezeichnet und die „meritokratische Triade“ von Bildungsabschluss, beruflichem Rang und Geldeinkommen – in der genannten Reihenfolge – problematisiert: „Die Qualifikation eines Individuums *soll* in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position *soll* mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsideologie.“¹⁰

Wenn die bestehende Wirtschaftsordnung statt sozialer Gerechtigkeit vermehrt Armut wie auch immer größeren Reichtum schafft, muss sie diese Ungleichverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und der Lebenschancen nachvollziehbar machen, um ihre Akzeptanz in der Bevölkerung nicht zu verlieren. Häufig werden Armut und Reichtum gerechtfertigt, indem man sie als Sachzwang und gesellschaftliches Ordnungsprinzip darstellt. Beispielsweise hielt die Wirtschaftsjournalistin Inge Kloepfer nichts von allgemeinen Klagen über steigende Armut, die es schon lange gebe, denn Chancen und Risiken, wie sie eine moderne Leistungsgesellschaft nun einmal mit sich bringe, müssten akzeptiert werden: „Armut oder, besser gesagt, relative Armut ist wahrscheinlich die notwendige Begleiterscheinung einer von ihrer Ausrichtung her meritokratischen Gesellschaft, in der sich ein jeder nach seiner Leistung einen Platz

moderner Gerechtigkeitsdiskurse und ihrer theoretischen Grundlagen, Hamburg 2012; Steffen Mau/Nadine M. Schöneck (Hrsg.), (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten, Berlin 2015

8 Vgl. Michael Young, Es lebe die Ungleichheit. Auf dem Weg zur Meritokratie, Düsseldorf 1961

9 Heike Solga, Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen, in: Peter A. Berger/Heike Kahlert (Hrsg.), Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert, 3. Aufl. Weinheim/Basel 2013, S. 23

10 Reinhard Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, a.a.O., S. 97 (Hervorh. im Original)

erobert.“¹¹ Zwar ist Armut für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, diszipliniert sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen.

Strittig ist die Funktionalität der sozioökonomischen Ungleichheit, des Reichtums und der Armut für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Ungleichheit ist ein konstitutives Merkmal jeder kapitalistischen Gesellschaft, aber für diese auch insofern nützlich, als die Armut wie eine Drohkulisse, ein Druckmittel und ein Disziplinierungsinstrument wirkt, während der Reichtum umgekehrt als Leistungsanreiz, Lockmittel und Belohnung für aufstiegsorientierte Gruppen der Bevölkerung erscheint. Der britische Soziologe Thomas Humphrey Marshall charakterisierte diese Wechselbeziehung folgendermaßen: „Je mehr man Wohlstand als schlüssigen Beweis von Leistung sieht, desto mehr neigt man dazu, Armut als Zeichen des Versagens zu betrachten – wobei die Strafe für das Versagen größer zu sein scheint, als es der Verstoß verlangt.“¹²

Vor allem in einem Land, das unter dem geistig-politischen Einfluss des Neoliberalismus steht und daher stark auf Leistung und ökonomischen Erfolg setzt, bedeutet Armut nicht bloß, dass ein Mangel an prestigeträchtigen Konsumgütern besteht, sondern auch, dass hiermit ein Makel verbunden ist, der das Selbstwertgefühl davon Betroffener erschüttert. Dies bedeutet jedoch weder, dass sozioökonomische Ungleichheit von jedem einzelnen politisch Verantwortlichen gewollt, noch gar, dass sie für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ungefährlich wäre. Armut und Reichtum wirken zusammen in dem Moment ausgesprochen kontraproduktiv, wo sie ein höheres Maß an sozialen Verwerfungen, (Gewalt-)Kriminalität und Drogenmissbrauch erzeugen.

1.2 Armut und Reichtum als Inbegriff der sozioökonomischen Ungleichheit

Für die meisten Bewohner/innen der Bundesrepublik drückt sich wirtschaftliche bzw. soziale Ungleichheit hauptsächlich im Gegensatz von materieller Armut und privatem Reichtum aus. Hierzulande ist das Verhältnis zwischen Armut und Reichtum, soweit es um deren Ursachen und genaue Dimensionen geht, dennoch – im Unterschied etwa zu den angelsächsischen und den skandinavischen Staaten – geradezu mit einem Tabu belegt.¹³ Dass die Reichen nicht

11 Inge Kloepfer, *Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt*, Hamburg 2008, S. 281

12 Thomas H. Marshall, *Staatsbürgerrechte und soziale Klassen*, in: ders., *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*, Frankfurt am Main/New York 1992, S. 56

13 Vgl. Werner Rügemer, *Arm und reich*, Bielefeld 2002, S. 6

gern über Armut sprechen, liegt nahe und ist verständlich; dass aber in großen Teilen der politischen und medialen Öffentlichkeit über die sozioökonomische Ungleichheit der Mantel des Schweigens gedeckt wird, leuchtet weniger ein. Auf die Frage, weshalb Ungleichheit schon in der „alten“ Bundesrepublik ein Tabuthema war, gab der bekannte Soziologe und liberale Politiker Ralf Dahrendorf folgende Antwort: „Wenn man zugibt, daß die eigene Gesellschaft in sich Ungleichheiten und aus diesen erwachsende Spannungen kennt, akzeptiert man damit die Wahrscheinlichkeit ihres Wandels in eine noch ungewisse, offene, jedenfalls andere Zukunft. Soziale Ungleichheit und traditionale Verhaftung als solche benennen heißt sie in Frage stellen und zu ihrem Aufbruch den Anfang setzen.“¹⁴ Besonders der Begriff „Armut“ ist zwar ein heftig umkämpfter, aber kein Kampfbegriff, wie Neoliberale, Konservative und Rechtspopulisten gern unterstellen.¹⁵

Ebenso wie Reichtum lässt sich Armut nur unter großen Schwierigkeiten von ähnlichen Lebenslagen abgrenzen und zahlenmäßig auch bloß schwer erfassen. Um die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen zu können, differenziert man in der Fachliteratur zwischen absoluter, extremer bzw. existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits. *Absolut* arm ist, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also hungert, über kein sicheres Trinkwasser verfügt, keine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung trägt, keine Wohnung bzw. kein Obdach hat und eine medizinische Grundversorgung entbehrt; *relativ* arm ist, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen, aber sich nicht am sozialen, kulturellen und politischen Leben beteiligen kann.

Armut und Reichtum bilden in einer kapitalistischen, „marktwirtschaftlich“ organisierten und politisch stark am Neoliberalismus orientierten, d. h. von Ökonomisierungs-, Kommerzialisierungs- und Privatisierungsbestrebungen gekennzeichneten Gesellschaft wie der unseren die zentrale Achse der sozioökonomischen Ungleichheit, welche sich in fast allen Lebensbereichen mit ähnlicher Wucht niederschlägt. Als politisch-normative Begriffe, die sich nur schwer und nicht ein für alle Mal definieren lassen, weil kein Grundkonsens der Gesellschaftsmitglieder darüber existiert, was sie bedeuten, rufen „Armut“ und „Reichtum“ je nach sozioökonomischer bzw. Klassenlage, politischer Überzeugung, Weltanschauung und Religion ganz unterschiedliche, ja gegensätzliche Assoziationen hervor. Beide sind relational, ergeben als Termini mithin bloß im Verhältnis zum Wohlstand jener Gesellschaft einen Sinn, in der ein davon Betroffener lebt.

In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik sind Armut und Reichtum extreme, wenn nicht die extremsten Ausprägungen der sozioökono-

14 Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 155

15 Vgl. dazu: Ulrich Schneider (Hrsg.), *Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen*, Frankfurt am Main 2015

mischen Ungleichheit. Der Erfurter Soziologe Ronald Lutz sieht in der Armut ein „Resultat der Ungleichverteilung von Ressourcen“ bzw. in sozialstruktureller Hinsicht das „Resultat einer extremen und sich verfestigenden sozialen Ungleichheit“ und definiert sie in Anlehnung an einen EG-Ministerratsbeschluss von 1984 als eine Situation bzw. eine Lage, in der Einzelpersonen, Familien und Gruppen über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die ihre Gesellschaft als Existenzminimum begreift und sich in der jeweiligen Sozialgesetzgebung wiederfindet.¹⁶ Deshalb ist für Lutz auch nicht Armut, sondern Ungleichheit das eigentliche Problem.

Joachim Rock hält es hingegen für eine Verkürzung und Verharmlosung, wenn die Debatte über Armut und Reichtum als Diskussion über „soziale Ungleichheit“ geführt wird, weil es sich dabei nicht bloß um ein Mehr oder Weniger an Gleichheit handle: „Es geht um materielle Not, um psychischen Stress und physische Notlagen, es geht um individuelle und kollektive Herabsetzung und soziale Ausgrenzung, und um die Frage, warum man sich damit nicht abfinden darf.“¹⁷ Hier liegt offenbar ein Missverständnis, wenn nicht ein Scheingegensatz vor, denn Armut kann sowohl Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit als auch ein schwer erträgliches Schicksal sein. Der Bremer Soziologe Olaf Groh-Samberg wies jedenfalls zu Recht darauf hin, „dass Armut und soziale Exklusion gleichermaßen Ausdruck sind für die Problematik sich verschärfender Klassenungleichheiten.“¹⁸

Armut und Reichtum gehören ebenso fest zusammen wie Schwarz und Weiß, wie Licht und Schatten oder wie Tag und Nacht. Das eine kann es ohne das andere gar nicht geben, und beide bilden nicht nur einen begrifflichen Gegensatz, sondern auch eine strukturelle Einheit. Armut und Reichtum stehen zueinander in einem dialektischen Wechselverhältnis, was sich am Funktionieren einer kapitalistischen „Marktwirtschaft“ zeigt. „Reichtum produziert unter diesen Umständen Armut: Die Lohnkürzung des einen ist die Dividende des anderen.“¹⁹

Arm zu sein bedeutet mehr, als wenig Geld zu haben. In einem wohlhabenden Land wie der Bundesrepublik ist Armut ein *mehrdimensionales* Problem, das ökonomische (monetäre), soziale und kulturelle Aspekte umfasst. Neben weitgehender Mittellosigkeit oder gravierenden monetären Defiziten (sprich:

16 Siehe Ronald Lutz, Soziale Erschöpfung. Kulturelle Kontexte sozialer Ungleichheit, Weinheim/Basel 2014, S. 30 f.

17 Joachim Rock, Störfaktor Armut. Ausgrenzung und Ungleichheit im „neuen Sozialstaat“, Mit einem Geleitwort von Ulrich Schneider, Hamburg 2017, S. 52

18 Siehe Olaf Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden 2009, S. 213

19 Dierk Hirschel, Armut und Reichtum, in: Gabriele Gillen/Walter van Rossum (Hrsg.), Schwarzbuch Deutschland. Das Handbuch der vermissten Informationen, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 55